**Satzung der Stadt Gladbeck
über die Erhebung von Gebühren zur Abwälzung der Abwasserabgaben
für Kleineinleitungen vom 17. Dezember 1981**

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1979 (GV. NW S. 594) – SGV NW 2023 – der §§ 2, 4, 6 und 20 Abs. 2 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21. Oktober 1969 (GV NW S. 712), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Juni 1978 (GV NW S. 268) – SGV NW 610 -, der §§ 1 und 9 des Gesetzes über Abgaben für das Einleiten von Abwasser in Gewässer (Abwasserabgabengesetz – AbwAG -) vom 13. September 1976 (BGBl. I S. 2721) und der §§ 53, 64 und 65 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz – LWG_) vom 4. Juli 1979 (GV NW S. 188) – SGV NW 77 – hat der Rat der Stadt Gladbeck in seiner Sitzung am 11. Dezember 1981 folgenden Gebührensatzung beschlossen:

**§ 1
Allgemeines**

- 1) Die Stadt Gladbeck hat anstelle der Kleineinleiter für das Einleiten von Abwasser in Gewässer Abwasserabgaben an das Land zu entrichten.
- 2) Einleiten im Sinne dieser Satzung ist das unmittelbare Verbringen des Abwassers in ein Gewässer, das Verbringen in den Untergrund gilt als Einleiten in ein Gewässer, ausgenommen hiervon ist das Verbringen im Rahmen landbaulicher Bodenbehandlung.
- 3) Kleineinleiter im Sinne dieser Satzung sind solche Abwassereinleiter in nichtkanalisierten Gebieten, die im Jahresdurchschnitt weniger als acht Kubikmeter je Tag Schmutzwasser einleiten.

**§ 2
Gebührentatbestand**

Zur Deckung der von der Stadt Gladbeck anstelle der Kleineinleiter an das Land zu zahlenden Abwasserabgabe für Kleineinleitungen erhebt die Stadt Gladbeck Gebühren gem. § 65 Abs. 1 Satz 1 Ziff. 2 LWG nach den Bestimmungen des § 6 KAG.

**§ 3
Gebührenpflichtige**

- 1) Gebührenpflichtig ist der Eigentümer des Grundstücks, auf dem das Abwasser anfällt; wenn ein Erbbaurecht bestellt ist, tritt an dessen Stelle der Erbbauberechtigte. Mehrere Gebührenpflichtige sind Gesamtschuldner.
- 2) Im Falle eines Eigentumswechsels ist der neue Eigentümer vom Beginn des Monats gebührenpflichtig, der dem Monat der Rechtsänderung folgt.

Die Gebührenpflichtigen haben alle für die Errechnung der Gebühren erforderlichen Auskünfte zu erteilen und zu dulden, daß Beauftragte der Stadt das Grundstück betreten, um die Bemessungsgrundlagen festzustellen oder zu überprüfen.

§ 4

Grundstück im Sinne dieser Satzung ist, unabhängig von der Eintragung im Liegenschaftskataster und im Grundbuch, jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet.

§ 5

Gebührenmaßstab

Die Gebühr wird nach der Zahl der Bewohner des Grundstücks die am 20. September des dem Erhebungszeitraum vorhergehenden Jahres dort mit erstem oder zweitem Wohnsitz gemeldet waren, festgesetzt. Ist das Grundstück zum 20. September des dem Erhebungszeitraum vorhergehenden Jahres nicht, jedoch zu Beginn der Gebührenpflicht gemäß § 7 Abs. 1 bewohnt, so gilt als Bewohnerzahl die Zahl der zu Beginn der Gebührenpflicht auf dem Grundstück gemeldeten Personen.

§ 6

Gebührensatz

Die Gebühr beträgt je Bewohner

ab 01. Januar 1991	25,-- DM
ab 01. Januar 1993	30,-- DM
ab 01. Januar 1997	35,-- DM

im Jahr

§ 7

Beginn und Ende der Gebührenpflicht

- 1) Die Gebührenpflicht entsteht mit dem Ersten des Monats, der auf den Zeitpunkt des Beginns der Einleitung folgt. Erhebungszeitraum ist das Kalenderjahr und bei Entstehung der Gebührenpflicht während des Kalenderjahres der Restteil des Jahres.
- 2) Die Gebührenpflicht endet mit dem Wegfall der Einleitung. Endet die Gebührenpflicht im Laufe eines Monats, so wird die Gebühr bis zum Ablauf des Monats erhoben, in dem die Veränderung erfolgt.

§ 8

Festsetzung und Fälligkeit

- 1) Die Gebühr wird durch Gebührenbescheid, der mit einem Bescheid über andere Grundbesitzabgaben verbunden sein kann, festgesetzt.
- 2) Die Gebühr ist einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.
- 3) Wird die Gebühr jedoch mit einem Bescheid über andere Grundbesitzabgaben festgesetzt, ist sie in der Gesamtsumme der festgesetzten Abgaben wie folgt fällig:
 - a) Jahresbeträge bis zu 30,-- DM am 15. August jeden Jahres in einer Summe,
 - b) Jahresbeträge bis zu 60,-- DM am 15. Februar und 15. August jeden Jahres je zur Hälfte,
 - c) Jahresbeträge darüber hinaus am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November jeden Jahres mit je einem Viertel.
- 4) Auf Antrag des Gebührenschuldners kann die Gebühr, abweichend von Abs. 3 am 1. Juli in einem Jahresbetrag entrichtet werden. Der Antrag muß spätestens bis zum 30. September des vorangehenden Kalenderjahres gestellt werden. Die beantragte Zahlungsweise bleibt solange maßgebend, bis ihre Änderung beantragt wird, die Änderung muß spätestens bis zum 30. September des vorangehenden Jahres beantragt werden.
- 5) Bis zur Bekanntgabe eines neuen Gebührenbescheides ist die Gebühr über das Kalenderjahr hinaus zu den gleichen Fälligkeitsterminen in der zuletzt festgesetzten Höhe als Vorausleistung zu entrichten.

§ 9

Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 20 Abs. 2 b des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Oktober 1969 (GV NW S. 712), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Juni 1978 (GV NW S. 268), - SGV NW 610 – handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig als Gebührenpflichtiger entgegen § 3 Abs. 3 die erforderlichen Auskünfte nicht erteilt oder nicht duldet, daß ein Beauftragter der Stadt das Grundstück betritt, um die Bemessungsgrundlagen festzustellen oder zu überprüfen.

§ 10

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt rückwirkend am 1. Januar 1981 in Kraft.